Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4632

23. 01. 76

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 28. Januar 1976
am Donnerstag, dem 29. Januar 1976

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

1. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es brauchbare Kriterien für die Festsetzung der Wirtschaftlichkeit eines Krankenhauses nicht gibt, und ist sie u. a. aus diesem Grund bereit, eine Änderung der Bundespflegesatzverordnung vorzuschlagen?

2. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind bisher Änderungswünsche bezüglich der Bundespflegesatzverordnung an die Bundesregierung herangetragen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Treffen Meldungen zu, daß die amerikanische Raumfahrtagentur NASA ihre Experimente zur Werkstofforschung im bemannten Weltraumlaboratorium SPACELAB zurückgezogen hat, und welche Folgerungen ergeben sich daraus gegebenenfalls insbesondere für die deutsche Nutzung des Labors?

4. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Gibt es bereits Abmachungen über die Nutzung des SPACELAB, und wie groß ist der Anteil der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die in Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes vorgesehene Rechtsstandswahrung hinsichtlich des Ortszuschlags für über 40jährige ledige Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf Geschiedene entsprechend angewandt werden muß, weil eine Schlechterstellung von Geschiedenen gegenüber Ledigen dem Besoldungsrecht bisher völlig fremd ist, ein stichhaltiger Grund für eine Schlechterstellung unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitssatzes nicht ersichtlich ist und der Gesetzgeber eine solche Schlechterstellung offensichtlich auch nicht beabsichtigt haben kann?

6. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Wird der Bundesinnenminister sein Rundschreiben vom 18. Dezember 1975, abgedruckt im Gemeinsamen Ministerialblatt Nr. 2 vom 15. Januar 1976, entsprechend ändern?

7. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, für ihren Zuständigkeitsbereich eine Reisekostenregelung zu treffen, durch die die durch Einführung der ersten Klasse im innerdeutschen Flugverkehr bei der Lufthansa für manchmal nur halbstündige Flüge entstehenden Mehrkosten verhindert werden können?

8. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Will die Bundesregierung den Versuch von Namensverstümmelungen auf Grund der Verwendung von sogenannten „Match Codes" – wie z. B. neuerdings bei der Gebühren-Einzugs-Zentrale (GEZ) – in ihrem eigenen Organisationsbereich als einer unzulässigen Namensverletzung entgegentreten, um nicht zuletzt auch ein Präjudiz für ähnliche Verfahrensweisen bei Behörden von Anfang an auszuschließen?

9. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, eine Gesetzesvorlage einzubringen, wonach die Ausgleichsausschüsse bei den Ausgleichsämtern und der Ständige Beirat beim Bundesausgleichsamt abgeschafft werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

10. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, eine verbindliche Zusage dahin gehend zu geben, daß der Entwurf eines Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen noch in dieser Legislaturperiode den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wird?

11. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung angesichts der mehrjährigen Vorarbeiten an dem Entwurf eines Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen weiterhin an der Auffassung fest, eine schnellere Erarbeitung sei wegen der Schwierigkeit der Materie nicht möglich gewesen, oder sollte ein als wirklich vorrangig angesehenes Vorhaben nicht trotz aller Schwierigkeiten kurzfristiger abgeschlossen werden können?

12. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wann wird der Generalbundesanwalt vor dem Kammergericht Anklage gegen die Angehörigen der kriminellen Vereinigung erheben, die für die Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten und die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden verantwortlich ist, oder vertritt die Bundesregierung etwa die Auffassung, es handele sich nicht um Fälle von besonderer Bedeutung?

13. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Stimmt es, daß – wie von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21. Januar 1976 gemeldet –, Ost-Berlin seinen Wunsch, den wegen schweren Landesverrats verurteilten ehemaligen Kanzlerreferenten im Wege des Austausches frei zu bekommen, verstärkt zur Geltung gebracht hat und in der Bundesregierung dies für die Zeit nach der Bundestagswahl erwogen wird, und wie ist dies – bejahendenfalls – mit den bisherigen Versicherungen der Bundesregierung zu vereinbaren, eine vorzeitige Freilassung komme nicht in Frage?

14. Abgeordneter **Schmidhuber** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung die entsprechenden Entwürfe bei den gesetzgebenden Körperschaften mit dem Ziel einbringen, in Konzernabschlüsse nach den §§ 329 ff. des Aktiengesetzes und § 11 des Gesetzes über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. August 1969 auch sogenannte Auslandstöchter einzubeziehen, so daß alle Konzerne zur Vorlage von „Weltabschlüssen" verpflichtet sind, und von welchen Erwägungen läßt sich die Bundesregierung in dieser Frage leiten?
15. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)	Wie ist die Erklärung von Bundeskanzler Brandt am 26. April 1974 im Deutschen Bundestag, „Der Agent war von mir nicht mit Geheimakten befaßt, weil dies nicht zu seinen Aufgaben gehörte" zu vereinbaren mit der Begründung des Gerichts im Urteil gegen den „DDR"-Spion Guillaume, „eine ungenügend angesetzte und dann zu spät einsetzende Kontrolle hat dem Agenten das Tun erleichtert", sowie der Aussage von Angestellten des Bundesnachrichtendienstes vor Gericht, Guillaume habe 1973 während des Norwegen-Urlaubs mit Brandt insgesamt 12 geheime und 4 vertrauliche Fernschreiben in Empfang genommen und zweimal geheime Fernschreiben zur Weitergabe nach Bonn abgeliefert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

16. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)	Was kann die Bundesregierung unternehmen, um die Bankaufsicht so wirksam zu gestalten, daß arbeitsplatzgefährdende Spekulationen mit Hilfe von Kreditinstituten, die einen Gewährsträger der öffentlichen Hand haben (Landesbanken und Sparkassen oder gewerkschaftseigene Kreditinstitute) unmöglich werden?
17. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer Sparmaßnahmen für Soldaten den Zinsnachlaß für Bundesdarlehen aufhebt, und ist ihr bekannt, daß sich dadurch erhebliche Erhöhungen der Mieten ergeben, die für Soldaten einen zusätzlichen außergewöhnlichen finanziellen Substanzverlust bedeuten, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Folgelasten dieser genannten Aufhebung der Zinsnachlässe für Bundesdarlehen nicht den Soldaten und deren Familien aufzubürden, nachdem bereits erste Hinweise der Oberfinanzdirektionen ergangen sind?
18. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die im Rentenalter stehenden Bürger die nach der Sperrguthabenvereinbarung mit der DDR möglichen 200 DM monatlich in Zukunft regelmäßig erhalten?
19. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	In welchem Umfang sind Erlöse aus der Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 1975 außerhalb der Deutschen Bundesbank angelegt worden, und gegebenenfalls welche Zinseinnahmen sind dem Bundeshaushalt hieraus zugeflossen?

20. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind andere Haushaltseinnahmen außerhalb des Bundesbanksystems angelegt worden, und gegebenenfalls welche Zinseinnahmen sind dem Bundeshaushalt hieraus zugeflossen?

21. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie werden zur Zeit Lizenzen (Patentlizenzen und know-how-Lizenzen) steuerlich in der Bundesrepublik Deutschland behandelt, und trifft es zu, daß dies bei den einzelnen Finanzämtern unterschiedlich geschieht?

22. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung, Technologien in der industriellen Praxis durch steuerbegünstigte Anlagen zu finanzieren, und ist daran gedacht, im gegenwärtigen Steuerrecht bezüglich dieses Gegenstands eine Änderung herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

23. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Preise für Kartoffeln in diesem Winter um über 100 Prozent teurer sind als im Vorjahr, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auch dem Normalverbraucher den weiteren Verzehr dieses Grundnahrungsmittels zu ermöglichen?

24. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, daß die Anbauflächen für Kartoffeln in der Bundesrepublik Deutschland erweitert werden müssen, um schlimmere Folgen des Kartoffelmangels abzuwenden?

25. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Ursachen haben nach Meinung der Bundesregierung zu den hohen Kartoffelpreisen geführt, das Nichtvorhandensein einer EG-Kartoffelmarktordnung, die Witterung des Jahrs 1975 oder die außerordentlich niedrigen Kartoffelpreise vor allem in der Bundesrepublik Deutschland in vorhergehenden Jahren, wodurch die Kartoffelerzeuger zur Einschränkung im Anbau von Kartoffeln gezwungen wurden?

26. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Verbilligung von Butterschmalz für die Verbraucher fortgeführt und auch für die kommende Zeit gesichert wird?

27. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche statistischen Unterlagen werden von den Unternehmen des Ernährungsgewerbes jährlich, halbjährlich, vierteljährlich und monatlich von Bundesdienststellen gefordert, und hat die Bundesregierung eine Vorstellung von dem Ausmaß an Zeit und Doppelarbeit, das dabei den Unternehmen in nicht unbedingt notwendigem Ausmaß abverlangt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

28. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)	Welches sind die Gründe dafür, daß die Bundesregierung den Entwurf einer Verordnung nach § 43 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 über Grenzwerte von Verkehrsgeräuschen noch nicht vorgelegt hat, und wann gedenkt die Bundesregierung, eine entsprechende Verordnung vorzulegen?
29. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)	An welchen Grenzwerten hat sich bis zum Erlaß einer Verordnung nach § 43 BImSchG die Straßenbauplanung zu orientieren, und welche Grenzwerte sollten die noch zu erlassenden Vorschriften nach Meinung der Bundesregierung fordern?
30. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Bis wann ist mit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donaukanals zu rechnen?
31. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Gilt nach wie vor noch als international vereinbartes Nationalitätszeichen für deutsche Kraftfahrzeuge das Nationalitätszeichen „D", und ist das von verschiedenen Kfz-Haltern angebrachte Zeichen „BRD" unzulässig, und wie wird international das Kennzeichen „DDR" beurteilt?
32. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Warum führt die Deutsche Lufthansa ihre in Deutschland gelegenen Büros nicht mit der einheitlichen Bezeichnung „Deutschland" auf, sondern bezeichnet ihr Büro im Land Berlin ohne Angabe der staatlichen Zugehörigkeit mit „Berlin-West" und die Büros im übrigen Bundesgebiet mit „B.R. Deutschland"?
33. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wie hoch belaufen sich die bisherigen Kosten der Kampagne der Deutschen Bundespost in den Massenmedien, um für Fernsprechanschlüsse zu werben, und welchen Erfolg hat diese Werbung gezeitigt?
34. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Kann die Deutsche Bundespost uneingeschränkt sicherstellen, daß die Fernsprechanschlüsse der jeweiligen Antragsteller unverzüglich bzw. in angemessener Frist errichtet werden, oder ist es im Rahmen der Werbekampagne zu nicht vertretbaren Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen gekommen?
35. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)	Ist dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen bekannt, daß häufig wiederkehrend Unannehmlichkeiten für die Deutsche Bundespost und vermeidbare Kosten durch Postgebühren für die Absender dadurch entstehen, daß Postsendungen zurückkommen, weil deren Zustellung trotz richtiger Anschrift erfolglos blieb, und was hat die Deutsche Bundespost getan, und welche Maßnahmen wird sie veranlassen, um ein Höchstmaß für die richtige Zustellung aller Postsendungen zu sichern?

36. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts der derzeitigen Protestwelle in verschiedenen Großstädten gegen die geplante Beschränkung der Sprechzeit im Fernsprechortsverkehr auf vier Minuten bereit, die dort vorgetragenen Gründe zu prüfen, und ist gegebenenfalls damit zu rechnen, daß die Deutsche Bundespost bzw. der Postverwaltungsrat ihre Entscheidung ganz oder zum Teil wieder aufheben?

37. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost sich weigert, Campingplätze in Zukunft unter dem Buchstaben „C" in die Fernsprechbücher aufzunehmen und Wünsche von Fernsprechteilnehmern auf Nichtveröffentlichung ihres Anschlusses im Fernsprechbuch grundsätzlich ablehnt, und — bejahendenfalls — teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Verhalten der Deutschen Bundespost sich nicht mit der Werbebegriff „Postkunde" und „Kundendienst" verträgt, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um die Idee des „Kundendienstes" bei der Deutschen Bundespost realitätsbezogen zum Durchbruch zu verhelfen?

38. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Welche Kosten entstehen der Deutschen Bundespost (wann) bei Einführung des Zeittakts in Berlin, und welche Mehreinnahmen werden daraus erwartet, wenn der Zeittakt 4, 6 oder 8 Minuten beträgt?

39. Abgeordneter **Wuttke** (SPD)

Trifft es zu, daß das Ermittlungsverfahren in der Abhöraffäre Kohl/Biedenkopf von der zuständigen Justizbehörde des Landes Rheinland-Pfalz eingestellt worden ist, nachdem festgestellt wurde, daß die Deutsche Bundespost ihre Sorgfaltspflicht zum Schutz von Fernmeldeanlagen voll erfüllt hat?

40. Abgeordneter **Wuttke** (SPD)

Was hat die Bundesregierung getan, um dem unmittelbar nach Bekanntwerden der Angelegenheit in verschiedenen Veröffentlichungen erhobenen Vorwurf entgegenzutreten, daß amtliche Dienststellen das Abhören begünstigt hätten, nachdem die Ergebnisse durchgeführter Untersuchungen die Vermutung begründet haben, daß dieses Anzapfen der Fernsprechleitungen nicht im öffentlichen Netz erfolgt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

41. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind gegenwärtig die benachbarten östlichen Staatshandelsländer gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verschuldet?

42. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung dem Fall einer möglichen Zahlungsunfähigkeit auch nur eines Staatshandelslandes gegenüber der Bundesrepublik Deutschland begegnen?

43. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Preiserhöhung für Benzin durch einige Mineralölfirmen um zwei Pfennige mit der Begründung von Produktionskostenerhöhungen als Folge des Benzinbleigesetzes für gerechtfertigt?

44. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Auf Grund welcher Informationen kommt die Bundesregierung zu ihrer Auffassung in dieser Frage?

45. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Treffen die Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Januar 1976 zugunsten des freien Welthandels und gegen die Wirtschaften nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu, und wenn ja, wie sind sie mit dem Verhalten des Bundesministers des Auswärtigen und des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu vereinbaren, auf der die Bundesregierung einer Resolution mit entgegengesetzten Aussagen zustimmte, und warum hat der Bundeswirtschaftsminister gegebenenfalls seine Auffassungen nicht im Kabinett vor der Zustimmung der Bundesregierung zu dieser Resolution geltend gemacht und durchgesetzt?

46. Abgeordneter **Tietjen** (SPD)

Welche Finanzmittel sind für welche Maßnahmen von 1970 bis heute vom Bund aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und aus den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung nach Ostfriesland vergeben worden?

47. Abgeordneter **Tietjen** (SPD)

In welchem Umfang und in welchen Wirtschaftsbereichen haben sich die Exporte wirtschaftlicher Güter in welche osteuropäischen Länder seit 1970 entwickelt, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, diesen wirtschaftlichen Austausch zu steigern?

48. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei der 7,5-prozentigen Investitionszulage an die Werftindustrie Prämien auf Kosten der Steuerzahler – etwa auch Schiffe für Japan – mitfinanziert wurden?

49. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre mir in den Fragestunden am 15. Januar 1976 und 21. Januar 1976 erteilten Antwort, „daß sich die Schwächen in der regionalen Wirtschaftsstruktur in Ostfriesland nicht verstärkt sondern eher vermindert haben" mit Rücksicht auf die vom SPD-Fraktionssprecher im Niedersächsischen Landtag am 16. Januar 1976 getroffenen Feststellung, „Die Arbeitslosigkeit sei trotz aller Hilfen in Ostfriesland noch nie so hoch gewesen wie heute", noch einmal zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

50. Abgeordneter **Dr. Wagner (Trier)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes eine besondere Härte für Aussiedler aus osteuropäischen Ländern mit sich bringt, die vor Planung dieser Neufassung zunächst einen vom Arbeitsamt geförderten Lehrgang für die deutsche Sprache besucht haben und jetzt nach dem neuen Wortlaut des Gesetzes vor Ablauf von drei Jahren keine Förderung für einen berufsorientierten Lehrgang mehr erhalten können, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Ausnahmegenehmigungen bzw. flexible Handhabung des Gesetzes in diesen besonderen Härtefällen für Abhilfe zu sorgen?
51. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)	Hält es die Bundesregierung für zweckmäßig, daß grundsätzlich nur ein Werkstattyp für Behinderte gelten soll, und ist in diesem Zusammenhang das Zusammenbringen von geistig Behinderten und geistig nicht Behinderten von Kindern- und Jugendpsychologen untersucht worden?
52. Abgeordnete **Frau Grützmann** (SPD)	Wieviel Anträge auf Kindergeld liegen noch bei den Verwaltungen der Arbeitsämter unbearbeitet, und wann ist mit dem Abschluß zu rechnen?
53. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Treffen Meldungen zu, die Opel AG habe im vergangenen Jahr über 3000 ausländische nicht aus der Europäischen Gemeinschaft stammende Arbeitnehmer neu eingestellt, und was wurde – bejahendenfalls – im einzelnen unternommen, um stattdessen deutsche Arbeitslose zu vermitteln?
54. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit bei Landesarbeitsämtern neue Planstellen schafft, um ihren Monopolanspruch auch bei der Vermittlung von Führungskräften durchzusetzen, und – bejahendenfalls – welcher finanzielle Aufwand ist damit verbunden?
55. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)	Ist es richtig, daß für Abiturienten, für die bisher eine Waisenrente und Krankenversicherung von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz bezahlt wurden, der Anspruch auf diese Leistungen auch dann entfällt, wenn diese Abiturienten wegen des „Numerus clausus" weder einen Studienplatz noch wegen der Arbeitslosigkeit bis zum Antritt des Wehrdienstes oder der Erlangung eines Studienplatzes einen Arbeitsplatz bekommen können, und wird die Bundesregierung im Interesse der Betroffenen gegebenenfalls Abhilfe schaffen?

56. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß witterungsbedingte Arbeitsausfälle an den Baustellen der Staustufe Iffezheim, die links des Rheins – also auf französischem Boden – liegen, nicht anerkannt werden, obwohl laut Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg vom 4. Juli 1969 und dem Ratifikationsgesetz zu diesem Vertrag vom 10. Juli 1970 (BGBl. 1970 II S. 726 ff.) die Bundesrepublik Deutschland für die gesamte Staustufe Iffezheim Bauherr ist und in der Folge gemäß Artikel 2 des Ratifikationsgesetzes „die als deutsches Hoheitsgebiet geltenden Baustellen und Bauwerke als Inland" gelten, und wenn ja, wird sie sich für die Anerkennung der Arbeitsausfälle einsetzen?
57. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung veranlassen, daß auch kleinere, aber spezialisierte, Werkstätten für Behinderte, die nicht über die vorgeschriebene Mindestzahl von Plätzen verfügen, anerkannt werden können, damit die in diesen Einrichtungen tätigen Behinderten in den Genuß des Gesetzes über die Sozialversicherung Behinderter kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

58. Abgeordneter **de Terra** (CDU/CSU)	Treffen Meldungen zu, daß die Bundesregierung Reden aus der verteidigungspolitischen Debatte des Deutschen Bundestags vom 15. Januar 1976 drucken lassen und in Broschürenform an die Truppe verteilen will, welche Reden sollen in dieser Broschüre enthalten sein, und welcher Kostenaufwand ist mit ihrem Druck und Versand verbunden?
59. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, als Ersatz für das aufgelöste Amphibische Transport- und Umschlagbataillon zwei Einheiten aus anderen Gebieten – notfalls auch aus anderen Bundesländern – nach Emden zu verlegen, um negative Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft und die Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Raum zu verhindern?
60. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)	Hält der Bundesverteidigungsminister an seiner ursprünglichen Absicht fest, die Küstendienstschule Großenbrode sowie die Marinekraftfahrausbildung Bremerhaven von ihren jetzigen Standorten nach Emden zu verlegen, um damit gleichzeitig unnötige Kosten für den Neubau von Kasernen zu vermeiden?
61. Abgeordneter **Möhring** (SPD)	Stimmt es, daß – wie vom Präsidenten des Verbands der Reservisten der Bundeswehr e. V. behauptet – der Mob-Anteil der Bundeswehr zu einem erheblichen Teil nur auf dem Papier steht, und daß sehr viele dort eingeplante Reservisten ihre Einheit nie gesehen haben?

62. Abgeordneter **Möhring** (SPD)

Trifft es zu, daß – wie aus derselben Quelle verlautet – auf Grund eines ungenügenden Ausbildungsstands dieser Reservisten die bisher angenommene Abschreckungskraft der Gesamtbundeswehr nicht gegeben ist und die Reservisten damit als „Kanonenfutter" bezeichnet werden müssen und wenn ja, wird der Bundesverteidigungsminister in der künftigen Mitwirkung dieses zivilen Verbands eine zwingende Notwendigkeit sehen und danach handeln, um diese Ausbildungslücken wieder auszugleichen?

63. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß, wenn man die kürzlich veröffentlichte Aussage des Kreml-Beraters Professor Vadim Sagladin, „daß unter den Bedingungen der Entspannung die reinsten Bedingungen für die Entwicklung der gesellschaftlichen Prozesse geschaffen werden" – womit zweifelsohne nur der Übergang zum Sozialismus gemeint sein kann –, in Beziehung setzt zu den gerade auch wieder im „Weißbuch 1975/76 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" gemachten Feststellungen, der Warschauer Pakt habe in den letzten 5 bis 7 Jahren seine Streitkräfte beträchtlich verstärkt und beabsichtige, „mit militärischer Überlegenheit politischen Druck auszuüben", nicht der Schluß gezogen werden, daß die sogenannte Entspannungspolitik vom Osten lediglich als Instrument eines weltweiten sowjetischen Hegemoniestrebens benutzt wird?

64. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, daß in der Fragestunde vom 22. Oktober 1975 der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung sich weigerte, mir die Personalstärke der Kampfgruppenbataillone der DDR bekannt zu geben, „weil er durch einen dicken roten Strich darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß hier Geheimschutzprobleme bestünden", daß aber in dem wenige Wochen später veröffentlichten und vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen zu verantwortenden „DDR-Handbuch" die Personalstärke der Kampfgruppenbataillone mit 400 000 veröffentlicht wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

65. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wird die Bundesregierung – gegebenenfalls auch durch steuerliche Mittel – auf gemeinnützige Baugesellschaften einwirken, damit der neugeschaffene Mustermietvertrag wenigstens in diesem Bereich in Zukunft Anwendung findet?

66. Abgeordneter **Schäfer (Appenweier)** (SPD)

Bis wann ist mit der von der Bundesregierung auf der Drucksache 7/4580 angekündigten Anpassung des Erstattungshöchstbetrags nach § 9 Abs. 4 des Fluglärmgesetzes zu rechnen, und in welcher finanziellen Größenordnung wird sich diese Anpassung für Aufwendungen baulicher Schallschutzmaßnahmen im Vergleich zu dem derzeit geltenden Höchstbetrag von 100 DM pro Quadratmeter Wohnfläche erhöhen?

67.	Abgeordneter **Pensky** (SPD)	Zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang etwa glaubt die Bundesregierung, die in ihrem Bericht (Drucksache 7/4580 Nr. 3) angekündigte Absicht, den Erstattungshöchstbetrag nach § 9 Abs. 4 des Fluglärmgesetzes zu erhöhen, verwirklichen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

68.	Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung in ihren Verkehrsabmachungen mit Ost-Berlin die „Deutsche Reichsbahn" statt der „DDR" als Vertragspartei für die Vergabe von Aufträgen zur Instandsetzung von drei Fernbahnhöfen im Land Berlin bezeichnet und so die drei Schutzmächte der Pflicht enthoben hat, entsprechende Klarstellungen vorzunehmen, und wenn ja, warum ist sie so verfahren, und wie stellt sie sicher, daß bei Verhandlungen mit Mitgliedern des Warschauer Pakts die erforderliche Sorgfalt beachtet wird?
69.	Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß im Kalender „Blick in die DDR" die Zwangskollektivierung der Bauern der DDR verherrlicht und als Äquivalent bezeichnet wird, die Bauern wären im Sozialismus zur herrschenden Klasse aufgewertet worden, und – wenn ja – wie konnte das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen diese Auslegung zulassen?
70.	Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Bedeutet die Fixierung der jährlichen Transitpauschale auf 400 Millionen DM nicht in der Praxis einen zinslosen Kredit an die DDR in einer Höhe um rund 100 Millionen DM jährlich, und wenn ja, auf welche Weise ist für die Deckung des entstehenden Zinsverlustes durch die DDR gesorgt?
71.	Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise sind die Vertreter der Drei Mächte, die bis zum gesamtdeutschen Friedensvertrag mit der UdSSR Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin innehaben, über die Abmachungen vom 19. Dezember 1975 umfassend informiert worden?
72.	Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Auf welche Weise ist gesichert, daß die DDR die nach Artikel 18 des Abkommens über den Transitverkehr vom 17. Dezember 1971 zu zahlende jährliche Pauschale künftig vor allem für die in Artikel 18 vorgesehene „Instandhaltung der entsprechenden Wege, Einrichtungen und Anlagen" verwendet?
73.	Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Warum hat die Bundesregierung im Bulletin vom 22. Dezember 1975 den Brief nicht abgedruckt, den der Chef der Tiefbauabteilung beim Senator für das Bau- und Wohnungswesen an das Verkehrsministerium der DDR gerichtet hat, in dem steht,

der Senat sei bereit, „Gespräche über die im Zusammenhang mit der Öffnung des Teltowkanals stehenden Fragen aufzunehmen", und der am 19. Dezember 1975 im Schöneberger Rathaus vom Chef der Senatskanzlei, Herz, dem Beauftragten der DDR, Mitdank, übergeben wurde?

74. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß die alliierte BKO vom 19. Dezember 1975 ohne Ausnahme von einem Tätigwerden der „Deutschen Reichsbahn" in den Westsektoren Berlins spricht, während in der Veröffentlichung der den Schienenverkehr betreffenden Vereinbarungen im Bulletin der Bundesregierung vom 22. Dezember 1975 ausschließlich von der „DDR" die Rede ist und die „Deutsche Reichsbahn" kein einziges Mal erwähnt wird?

75. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik, die der alliierten BKO vom 19. Dezember 1975 durch die offizielle Nachrichtenagentur der DDR, ADN, in deren Meldung Nr. 1544 vom 19. Januar 1976 zuteil wird, und welches sind die Rechtsauffassungen der Bundesregierung über die Tätigkeit der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West)?

76. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)

Werden die zuständigen Ausschüsse (Auswärtiger-, Innerdeutscher- und Verkehrsausschuß) eine unverkürzte Einsicht in sämtliche zum Vertragswerk gehörenden schriftlichen Unterlagen erhalten?

77. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)

Gibt es im Zusammenhang mit dem Vertragswerk mündliche Abreden und Erklärungen, deren volle Kenntnis für die Beurteilung der Abmachungen und ihre Abwicklung von Bedeutung sind?

78. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Sind diejenigen Texte in der Veröffentlichung des Bulletins, die nicht den Wortlaut einer Vereinbarung wiedergeben, sondern inhaltliche Wiedergaben von Abmachungen darstellen, mit der DDR abgestimmt worden?

79. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Gehören die mündlichen Erklärungen, die bei Unterzeichnung der Vereinbarungen mit der DDR über Verbesserungen im Berlin-Verkehr am 19. Dezember 1975 abgegeben und ihrem Inhalt nach im Bulletin der Bundesregierung vom 22. Dezember 1975 abgedruckt worden sind, rechtlich zu den getroffenen Abmachungen?

80. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, den schriftlich fixierten Wortlaut der vorgenannten mündlichen Erklärungen dem Deutschen Bundestag zur Kenntnis zu bringen?

81. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Mit welchen Verkehrsaufkommen rechnet die Bundesregierung beim Verkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet in diesem und in den kommenden Jahren?

82. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie hoch hätten sich die Einnahmen der DDR im Jahr 1975 belaufen, wenn die Abgaben und Gebühren im Berlin-Verkehr nicht pauschal, sondern individuell entrichtet worden wären?

83. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung eine in einem kirchlichen Pressedienst veröffentlichte Nachricht bestätigen, daß die Grenzkommandos der „DDR" Deutsche aus Polen oder den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung, die außerhalb der nur sehr selten gewährten legalen Einwanderung von Polen nach Mitteldeutschland um Aufnahme in die „DDR" bitten, auf Grund einer Geheimklausel zum Grenzabkommen zwischen der „DDR" und Polen von 1972 wieder nach Polen zurückschicken?

84. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Wenn ja, steht nach Auffassung der Bundesregierung die Verweigerung der Aufnahme im Einklang mit der Vereinbarung von Helsinki, und ist die Bundesregierung gewillt, von der „DDR" die Einhaltung der in der Schlußakte von Helsinki vereinbarten Grundsätze zu fordern?

85. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung – dem Beispiel des Landes Hessen folgend – nicht mehr vom „Zonenrandgebiet", sondern vom Grenzgebiet zur „DDR" sprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

86. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Nach welchen Kriterien und in welcher Größenordnung werden Schulversuche des Landes Rheinland-Pfalz durch die Bundesregierung finanziell gefördert?

87. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Worauf erstreckt sich die Förderung von Schulversuchen (Neubau, Personalkosten, Lehr- und Lernmittel), und inwieweit ist diese Förderung begrenzt bzw. befristet?

88. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß viele Hauswirtschaftsmeisterinnen sich nicht in der Lage sehen, weiterhin Jugendliche auszubilden, weil die finanziellen Belastungen für Steuern und Sozialabgaben den Privathaushalt überfordern, und wenn ja, welche Schritte gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um besonders im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit auch diese Ausbildungsplätze neu zu erschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

89.	Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die Verletzung von Grund- und Menschenrechten oder deren Aufhebung in den Staaten der Dritten Welt unterschiedlich reagiert hat, und wie rechtfertigt die Bundesregierung dies gegebenenfalls?
90.	Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß Bundesminister Bahr in einem Interview im „Sozialdemokrat Magazin" Nr. 6/75 gesagt hat: „Keine Entwicklungshilfe dort, wo Menschenrechte mißachtet werden, die vorher geachtet wurden", und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Meinung?
91.	Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)	Falls die Bundesregierung diese Auffassung teilt, nach welchen Kriterien erfolgt die Anwendung dieses Grundsatzes?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

92.	Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung Ergebnisse des prominent beschickten sozialistischen Treffens in Helsingör auch in die deutsche Regierungspolitik einfließen lassen?
93.	Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Billigt die Bundesregierung die Art und Weise, mit der Staatsminister Moersch in der Fragestunde des Deutschen Bundestages auf Fragen von Abgeordneten zu reagieren pflegt?
94.	Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)	Zu welchem Ergebnis hat bisher der Protest der Bundesregierung bei der Regierung der DDR über die Ausweisung des Spiegel-Korrespondenten Jörg Mettke geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

95.	Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung auf Grund der Tatsache, daß der Botschafter der UdSSR zu einem aus Anlaß des Ersten deutsch-sowjetischen Symposiums von Mitgliedern des Deutschen Bundestags und Mitgliedern des Obersten Sowjets gegebenen Empfang die Berliner Teilnehmer dieses Symposiums – im Gegensatz zu den deutschen Gastgebern gesellschaftlicher Veranstaltungen aus diesem Anlaß – nicht eingeladen hat, entsprechende Schritte unternehmen?

96. Abgeordneter **Hansen** (SPD)	Trifft es zu, daß die Firma Rheinstahl beabsichtigt, bei Versagung einer Exportgenehmigung durch die Bundesregierung, 300 Schützenpanzer „Marder" über ihre Zweigniederlassung in Belgien an Saudi-Arabien zu liefern?
97. Abgeordneter **Hansen** (SPD)	Wird die Bundesregierung die Ausfuhr der Schützenpanzer genehmigen?
98. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)	Unter Bezugnahme auf den Artikel vom 5. Januar 1976 in „Die Welt" „In der Sowjetunion wird die deutsche Elite planmäßig russifiziert – Wer Deutsch spricht, darf nicht studieren", frage ich die Bundesregierung, in welcher Form sie sich bei der Regierung der Sowjetunion für die kulturellen Belange und für die Ausreiserechte der Deutschen in der Sowjetunion einsetzt?
99. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung eine möglichst baldige Umsetzung (der Empfehlung der Schulbuchkonferenzen) in die Praxis befürwortet, und – wenn ja – auf Grund welcher Kriterien ist die Bundesregierung zu diesem Ergebnis gekommen?
100. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung dem Urteil der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz zustimmen, daß „insbesondere Inkonsequenzen bei der Durchführung der Entnazifizierung und der gerichtlichen Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen und zu anderen Ländern in vieler Hinsicht belastet haben" und wenn nein, was gedenkt sie zu unternehmen, um ihrer abweichenden Ansicht Geltung zu verschaffen?
101. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die kubanische Regierung gegenüber dem angolanischen Volk eine offene Agression begeht, und wenn ja, gedenkt sie, deswegen bei der kubanischen Regierung vorstellig zu werden und ihre Beziehungen zu Kuba zu überprüfen, sofern diese Agression nicht eingestellt wird?
102. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nunmehr habe die Sowjetunion die Truppentransporte von Kuba nach Angola übernommen, nachdem Portugal den Kubanern die bis zu diesem Zeitpunkt erlaubte Zwischenlandung auf den Azoren untersagt hatte, und wie hat die Bundesregierung auf das Verhalten ihres Partners im Nordatlantischen Bündnis reagiert, daß die Etablierung einer sowjetkommunistischen Macht in den Seewegen um Afrika ermöglicht hat?
103. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Wieso ist das Ausreiseprotokoll mit Polen, das nach den Aussagen von Bundesminister Genscher im Bundestag am 26. November 1975 eine Konkretisierung der fortbestehenden und in unbefriedigender Weise erfüllten Rechtsverpflichtung

Polens aus der „Information" von 1970 für die nächste Zeit sein soll, trotz der Unterschrift am 9. Oktober 1975 noch nicht rechtswirksam, obwohl es völkerrechtliche Bindungswirkung angeblich ohne Ratifikation haben soll (Stenographischer Bericht vom 26. November 1975) und dem Wortlaut und Inhalt des Protokolls selbst eine aufschiebende Wirkung der Rechtswirksamkeit nach der Unterzeichnung nicht zu entnehmen ist?

104. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung an Hand der nach dem 9. Oktober 1975 deutscherseits erteilten Einreisesichtvermerke feststellen können, an wie viele Familien mit wie vielen Personen jener 20 000 Deutschen, für die sie vorher aus besonderen Härtegründen bei der polnischen Regierung durch Interventionen vorstellig wurde, nunmehr Einreisesichtvermerke der Bundesrepublik Deutschland auf Grund der auch nach dem 9. Oktober 1975 ausgestellten polnischen Ausreisedokumente und Pässe erteilt wurden?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in gleicher Weise wie die Landesregierung von Baden-Württemberg, verbindlich zu erklären, daß sie in den letzten sechs Wochen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg in diesem Land keine Anzeigen und sonstige für den Wahlkampf relevanten Publikationen veröffentlichen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bundesminister Genscher zur Absage des Treffens mit „DDR"-Verteter Michael Kohl seitens des bayerischen Ministerpräsidenten wegen der kurz vorher öffentlich bekanntgewordenen Zwangsadoption die Meinung vertreten hat, die Reaktion von Herrn Goppel sei „verständlich und angemessen", und wie ist bejahendenfalls diese Aussage vereinbar mit der von Bundeskanzler Schmidt einem Journalisten gegenüber erteilten Antwort auf die gleiche Frage, „Ich glaube nicht, daß sie etwas geschadet hat. Ob sie angemessen war, kann man bezweifeln."?

3. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß alle deutschen Auslandsvertretungen mit der in dem Verlag „Neue Gesellschaft GmbH" herausgebrachten „Referatezeitschrift zur politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland – DDR-Report" beliefert werden, und in welchem Umfang informiert die Bundesregierung ihre Auslandsvertretungen über entsprechendes Schrifttum in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie in der Presse gemeldet – für einen 120 km langen Zonengrenzabschnitt etwa 18 Mann Kontrolldienst insgesamt eingesetzt sind?

5. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

In wieviel Fällen ist es bei Fluchtversuchen aus der DDR durch deren Grenzsicherungsanlagen auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland zu unentdeckten Verletzungen, schweren Verletzungen und Verletzungen mit Todesfolge gekommen?

6. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auch bei Versetzungen, die aus dienstlichen Gründen erfolgen, der bisher gewährte Fahrkostenzuschuß Angehörigen des öffentlichen Dienstes ab 1. Januar 1976 nicht mehr gewährt wird, und wenn ja, denkt die Bundesregierung an eine Änderung dieser Maßnahme?

7. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Welcher Betrag wurde dem Deutschen Musikrat für die Jahre 1975 und 1976 zur Verfügung gestellt?

8. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Nach welchen Kriterien werden die dem Deutschen Musikrat zur Verfügung gestellten Mittel verteilt?

9. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Ökologische Chemie der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, daß sich organische Fremdstoffe, wie chlorierte Kohlenwasserstoffverbindungen oder die in Kunststoffen enthaltenen Weichmacher, in Mülldeponien nicht vollständig zurückhalten lassen, sondern mit dem Sickerwasser in das Grundwasser gelangen können und auch von Pflanzen aufgenommen werden, und welche Möglichkeiten bestehen, diesen Gefahren vorzubeugen?

10. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung sogenannter umweltfreundlicher Schmiermittel in Zweitaktmotoren vor allem für den Sportbootverkehr auf Seen, und wird sie bei einer positiven Beurteilung die Entwicklung fördern?

11. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)

War der Bundesregierung bei der Einbringung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVNG vom 23. Mai 1975) bekannt, daß in einigen Bundesländern auch die Grund- und Hauptschullehrer an Bezirksseminaren durch Fachleiter entsprechend der Ausbildung der Gymnasiallehrer ausgebildet werden und daß z. B. in Nordrhein-Westfalen die Zusammenlegung der Bezirksseminare für Grund- und Hauptschullehrer mit denen der für Gymnasial- und Realschullehrer mit Wirkung von 1977 ab bereits gesetzlich geregelt ist, und wenn ja, warum hat sie dann für die Fachleiter an Gymnasien die Einstufung in das zweite Beförderungsamt vorgeschlagen, dagegen die Fachleiter an Grund- und Hauptschulen insoweit unberücksichtigt gelassen und für sie auch keine Amtszulage vorgesehen, obwohl der § 18 des Gesetzes den Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung bestimmt?

12. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung der chilenischen Journalistin und Gewerkschaftlerin Gladys Diaz Armijo die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert hat, und – wenn ja – wie beurteilt die Bundesregierung ihre Haltung, nachdem Gladys Diaz Armijo bei einer Umverlegung von einem Gefangenenlager in ein anderes als „auf dem Transport" verschollen gilt?

13.	Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Wie viele chilenische Flüchtlinge mit welcher Nationalität sind seit dem Selbstmord des Staatspräsidenten Allende in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen und als politische Flüchtlinge anerkannt worden?
14.	Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Wie viele Mitglieder dieses Personenkreises haben die Bundesrepublik Deutschland mit welcher Zielrichtung wieder verlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

15.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Wie unterscheidet sich das geltende Recht der „DDR" im Bereich der Adoption und elterlichen Sorge von dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden bzw. seitens der Bundesregierung geplanten Recht?
16.	Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich auf Grund der umfangreichen Befugnisse eines Gerichtsvollziehers gemäß § 758 ZPO Fälle – wie jüngst in Offenbach am Main – ereignen, in denen Gerichtsvollzieher ohne richterlichen Hausdurchsuchungsbeschluß Wohnungen aufbrechen lassen, durchsuchen und Gegenstände oder Barmittel pfänden, die nicht dem Schuldner, sondern z. B. dem Vermieter gehören und wenn ja, wird die Bundesregierung prüfen, ob die betreffende Vorschrift der ZPO gegen Artikel 13 des Grundgesetzes verstößt und deshalb änderungsbedürftig ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

17.	Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob durch die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen bei der US-Armee in der Pfalz, von denen in der Presse berichtet wurde, auch Arbeitsplätze von deutschen US-Bediensteten in der US-Garnison Baumholder bedroht werden?
18.	Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung in diesem Fall zum Schutz dieser Arbeitnehmer treffen?
19.	Abgeordnete **Frau Dr. Orth** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß diejenigen landwirtschaftlichen Kooperationen steuerlich diskriminiert werden, bei denen die Ackerflächen in eine Gesellschaft der beteiligten Landwirte eingebracht werden, und die Landwirte dann mit ihrer einzelbetrieblichen Viehhaltung die steuerliche Einstufung der Viehhaltung als Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb erhalten, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?

20. Abgeordnete **Frau Dr. Orth** (SPD)	Ist es nicht möglich, die gewerbesteuerfreien Vieheinheiten einer landwirtschaftlichen Kooperation im Ackerbau in der Form übertragbar zu machen, daß die beteiligten Landwirte die Vieheinheiten in dem Umfang, der sich nach der von ihnen eingebrachten Fläche bestimmt, von der Ackerbaukooperation übertragen bekommen können?
21. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung heute in der Lage, nachdem sie auf meine Anfrage vom 19. August 1975 keine Angaben darüber machen konnte, wie sich die begünstigten Investitionen auf Unternehmensgrößenklassen und Branchen verteilen, eine Aufstellung darüber vorzulegen, wem die Investitionszulage überwiegend zugute gekommen ist?
22. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung jetzt in der Lage mitzuteilen, ob die mit der Investitionszulage beabsichtigte Anstoßwirkung für die Konjunktur eingetreten ist und sich die Investitionstätigkeit durch diese Maßnahme besonders verstärkt hat, und gilt diese Anstoßwirkung besonders für die Maschinenbau-, Werkzeug- und Bauindustrie?
23. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den deutschen Obsterzeugern bei der Verarbeitung intervenierter Äpfel auch durch das Brennen zu Alkohol zu helfen?
24. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)	Ist es zutreffend, daß der Bundesfinanzminister die Meinung vertritt, daß vermögenswirksame Leistungen aus einem Tarifvertrag nicht an außertariflich Angestellte mit den entsprechenden steuerlichen Vorteilen geleistet werden dürfen?
25. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)	Wenn ja, womit ist dies begründet?
26. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die Steuerrückstände bei der Kfz-Steuer – getrennt nach gestundeten und nicht gestundeten Beträgen – im Bundesgebiet zum Jahresende 1975, und wie hoch waren sie vergleichsweise jeweils jährlich zum 31. Dezember seit 1969?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die voraussichtlichen Abgaben .der Verbraucher auf Grund des Verstromungsgesetzes für das Jahr 1975?

28. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Welche weiteren direkten und indirekten Hilfen hat der Staat gewährt, und wie verhält sich dies zum Produktionswert des Steinkohlenbergbaus in der Bundesrepublik Deutschland?
29. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit des Einsatzes der Kohle im Wärmesektor der Bundesrepublik Deutschland, um dadurch in erheblichem Umfang Mineralöl zu substituieren, und gedenkt sie gegebenenfalls, diesen Einsatz in gleichem Umfang zu stimulieren wie die Verstromung im Rahmen des Verstromungsgesetzes?
30. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wieviel Arbeitsplätze wurden und werden in den einzelnen Gemeinden und Kreisen der Nordeifel im Zusammenhang mit dem 5. Rahmenplan zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur neu geschaffen?
31. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung jetzt bereit, bei der Aufstellung des 6. Rahmenplans zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur den vormals auf Vorschlag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen gestrichenen Schwerpunkt Blankenheim im Kreis Euskirchen wieder in die Förderungsmaßnahme als Schwerpunktort aufzunehmen?
32. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch Normen etc. festzulegen, daß Stromleitungsmasten insbesondere von Fernleitungen so konstruiert werden müssen, daß der Stromtod von Vögeln ausgeschlossen werden kann?
33. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Welche Kooperationsverträge sind von der Bundesregierung mit den Ostblockstaaten abgeschlossen worden und mit welchem Inhalt?
34. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, darüber hinaus eine Aufstellung über die von deutschen Industriebetrieben abgeschlossenen Kooperationsverträge und deren Konditionen mitzuteilen?
35. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)	Was unternimmt die Bundesregierung, um zu verhindern, daß nachfragestarke Unternehmen, die sich entweder ganz oder überwiegend im Eigentum des Bundes oder der Länder befinden, sich eingegangener Abnahmeverpflichtungen gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen durch den Hinweis auf Absatz 2 des folgenden Passus der dem Geschäft zugrundeliegenden Vertragsbedingungen: „Die angegebenen Termine sind für die Herstellung und Lieferung der nächsten zwei Monate verbindlich. Die Liefereinteilung für die folgenden Monate gilt nur als unverbindliche Vorschau. Wir haben das Recht, die Termine und Abrufmengen entsprechend unserem tatsächlichen Bedarf zu ändern." entledigen können, auch wenn es sich bei den Verpflichtungen um solche aus Liefereinteilungen für die „nächsten zwei Monate" handelt?

36. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Trifft es zu, daß bei der Saarberg AG neben den zehn Tagen Kurzarbeit, die der Saarbergbau wegen der ungünstigen Nachfragesituation bei Steinkohle in der ersten Jahreshälfte 1976 einlegt, eine weitere vorübergehende Rücknahme der Förderung erwogen wird, wie es vom amtierenden Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken, Herbert Heinrichs, erklärt wurde, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen?

37. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die neueste Entwicklung der Fremdenverkehrsbilanz, und welche Maßnahmen werden gegebenenfalls für notwendig erachtet, einer für den Fremdenverkehr der Bundesrepublik Deutschland ungünstigen Entwicklung entgegenzuwirken?

38. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Konkurrenzfähigkeit der marktfernen Produktion im Zonenrandgebiet insbesonders bei voluminösen und daher Transportkosten anfälligen Gütern, z. B. Möbeln u. ä. m., zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

39. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung ab 1976 für die Anlegung und Ersatzbeschaffung von Lebensmittelvorräten für den Verteidigungsfall (nationale Nahrungsmittelreserve) wieder Haushaltsmittel zur Verfügung stellen will, und wenn ja, in welchem Umfang sollen diese Lebensmittelreserven wieder aufgefüllt werden?

40. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung des französischen Ministerpräsidenten Chirac, daß die hohen Milchpulverbestände in der Europäischen Gemeinschaft nicht dazu führen dürfen, die Milcherzeuger ungerechtfertigt zu bestrafen, und wird sie im Ministerrat in Brüssel entsprechend votieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

41. Abgeordneter **Vogt** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich infolge der Steuerfreiheit und der Sozialversicherungsfreiheit bei Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit diese sozialversicherungsfreien Zuschläge nachteilig auf die Höhe der Renten auswirken, und plant die Bundesregierung eine Sozialversicherungspflicht bei Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, die sich dann positiv auf die Rentenhöhe auswirken würde?

42. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verfahrensmaßnahmen bei der Rückkehr junger ausländischer Arbeitnehmer, die in ihrem Heimatland zum Wehrdienst einberufen waren und diesen abgeleistet haben, zu erleichtern, da diesen der Arbeitsplatz bis nach dem Wehrdienst nicht erhalten bleibt und daher häufig die Arbeitserlaubnis wegen Fehlens des Arbeitsplatzes nicht mehr vorliegt?
43. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in letzter Zeit zahlreiche Belegbetten-Verträge gekündigt hat, so daß mehrere Betriebe in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, und wenn ja, wo und wieviel Belegbetten-Verträge wurden in Bayern gekündigt, und wurde dabei auf Betriebe des Zonenrandgebiets Rücksicht genommen?
44. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Reichen die gesetzlichen Regelungen, z. B. bei landwirtschaftlichen Krankenkassen, aus, um soziale Härten zu vermeiden, die darin bestehen, daß beim Tod beider Elternteile die Kinder ohne eigenen Krankenversicherungsschutz dastehen bzw. einzeln mit erheblichen Beiträgen jedes Kind für sich versichert werden mußte, und wenn nicht, wird sie für Abhilfe sorgen?
45. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung Ergebnisse der vom Staubforschungsinstitut in Bonn veranstalteten internationalen Tagung „Stäube und Gase am Arbeitsplatz“, daß Tausende von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland durch Staub, Gase und Dämpfe stark gesundheitsbedrohend sind und daß es, wie eine Statistik der gewerblichen Berufsgenossenschaften belegt, im Jahr 1973 durch diese Gefahren am Arbeitsplatz zu rd. 30 000 angezeigten Krankheitsfällen „vom Schnupfen bis zum Krebs“ gekommen ist, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um dieser bedrohlichen Entwicklung zu begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

46. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Stehen die Datenunterlagen über die Festsetzung der Lärmschutzbereiche der Flugplätze der RAF in Wildenrath und Brüggen/Elmpt entsprechend der vom Bundesverteidigungsminister am 5. Juli 1975 erteilten Antwort seit Herbst 1975 zur Verfügung?
47. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Wann kann die betroffene Bevölkerung mit der Festsetzung der Lärmschutzzonen und damit gleichzeitig mit Zuschüssen für lärmmindernde Anlagen nach dem Fluglärmgesetz rechnen?

48.	Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)	Ist es der Bundesregierung möglich, die militärische Garnisonanlage in der Stadt Bohmte, die bis vor ca. einem Jahr von holländischem Militär genutzt wurde, gegebenenfalls für die Bundeswehr zu nutzen, und wann ist mit dem Abschluß dieser Prüfung zu rechnen?
49.	Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)	Wie begegnet der Bundesverteidigungsminister dem auf Grund der Verordnung über die Bildung von Bezirkspersonalräten bei militärischen Dienststellen entstandenen Vorwurf, er habe von der Ermächtigung des § 35 a Abs. 5 des Soldatengesetzes nicht in der bezweckten Art und Weise Gebrauch gemacht (vergl. Erläuterung zu § 35 a in Drucksache 7/1968), indem er für bestimmte Bereiche der sogenannten gemischten Dienststellen von der durch das Bundespersonalvertretungsgesetz bei mehrstufigem Verwaltungsaufbau grundsätzlich vorgeschriebenen Einrichtung von Stufenvertretungen absieht?
50.	Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)	Wie sieht der Bundesverteidigungsminister das Problem der Ungleichbehandlung (Artikel 3 des Grundgesetzes) von Beschäftigten der Bundeswehrverwaltung und von zivilen Angehörigen der sogenannten gemischten Dienststellen im Bereich der Personalvertretung und das Problem der größeren Sach- und Ortsferne sowie der Belastung des einzelnen Hauptpersonalratsmitglieds bei Entscheidungen des Hauptpersonalrats, die eigentlich einem Bezirkspersonalrat oblegen hätten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

51.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	In welchem Zeitraum sieht die Bundesregierung Möglichkeiten für eine Beseitigung des Gefahrenpunkts an der Bahnunterführung Dornberger Bahnhof (Groß-Gerau) im Zuge der B 42?
52.	Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung in der Lage mitzuteilen, welche Maßnahmen sie im Hinblick auf ein europäisches Schnellbahnnetz ergriffen hat, und kann sie weiterhin mitteilen, welche finanziellen Mittel sie für die Errichtung eines Schnellbahnnetzes in Europa eingeplant hat?
53.	Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Könnte die Bundesregierung die Deutsche Bundesbahn dazu veranlassen, die Schnellverbindungen, besonders der TEE und Intercitylinien, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich nahtlos an die französischen Schnellverbindungen anzuschließen, um zeitraubendes Umsteigen auf langsamere Züge im Grenzgebiet zu vermeiden?
54.	Abgeordneter **Seefeld** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Ursache tödlicher Unfälle auf Autobahnen und Landstraßen u. a. im Mangel an Kenntlichmachung der Seitenflächen quer die Straße versperrender Großfahrzeuge zu suchen ist?

55. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, durch Verordnung die Befestigung von Reflektoren auf den Seitenwänden von Großfahrzeugen zu verfügen, so daß diese beim Überqueren von Straßen, beim Abbiegen und im Fall von Reifenpannen, die eine Querstellung bewirken können, für jeden Autofahrer erkennbar sind?

56. Abgeordneter **Geiger** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Bestrebungen des Taxi- und Mietwagengewerbes auf eine Einführung einer Sach- und Fachkundeprüfung für Unternehmer des Taxi- und Mietwagengewerbes bekannt, und beabsichtigt die Bundesregierung, eine solche Prüfung einzuführen?

57. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister nunmehr bereit, dem Vorschlag des Bayerischen Staatsministers Dr. Merk vom 15. Januar 1976 zuzustimmen, eine Umwertung des Teilabschnittes des Autobahnringes München vom Autobahnkreuz Langwied bis zur Einmündung in die Bundesstraße 12 sowie des 6-streifigen Ausbaus der Autobahn München–Stuttgart zwischen Anschlußstelle Dachau und dem künftigen Autobahnkreuz Langwied zu Gunsten der geplanten Autobahn Würzburg–Ulm auf der ersten Fahrbahn von Biebelried bis Gollhofen in die Dringlichkeitsstufe I a vorzunehmen, und müßte diese Aufstufung der Strecke von Biebelried bis Gollhofen nach I a nicht schon auf Grund einer neuerlichen Berechnung dieses Gebietes im Bundesraumordnungsprogramm als strukturschwach erfolgen?

58. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der deutschen Landwirtschaft durch die Neuausstattung der Schlepper mit Überrollbügeln ab 1. Januar 1977 wegen der dadurch bedingten neuen Abnahme durch den TÜV und der Gebühren für die Änderung des Kraftfahrzeugbriefes Kosten in Höhe von etwa 40 Millionen DM entstehen würden, und wäre die Bundesregierung unter diesen Umständen bereit, durch Schaffung einer Ausnahmeregelung das Entstehen der Kosten zu verhindern?

59. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Wie hoch sind die bisherigen Aufwendungen der Bundesregierung bzw. der sonstigen Kostenträger – nach Flugplätzen getrennt – für Schallschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm?

60. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Gründe sprechen im Detail dafür, daß die Bundesbahnstrecke Kempen–Grefrath–Kaldenkirchen, die für den Personen-, Berufs- und Güterverkehr lebhaft genutzt wird, im Stillegungsplan der Deutschen Bundesbahn enthalten ist, wie in einer Aussage des Kölner Bundesbahnpräsidenten Dr. Streier dargelegt ist, und welche Ausweichmöglichkeiten werden von der Deutschen Bundesbahn vorgesehen, die Verkehrsbedingungen nicht wesentlich zu verschlechtern?

61. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wie ist die Aussage des Bundesbahnpräsidenten Dr. Streier zu verstehen, „Zu diesem betriebswirtschaftlichen Netzvorschlag wird noch ein volkswirtschaftlich notwendiger und politisch gewollter Netzbereich hinzutreten", und warum können die letzten beiden Argumente auf die Strecke Kempen–Grefrath–Kaldenkirchen nicht anwendbar sein?

62. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister vollinhaltlich mit dem Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Haack vom 16. Dezember 1975 in der Angelegenheit Bundesautobahn A 7 Würzburg–Ulm einverstanden, welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen, und was heißt dann der Satz „Die Rechnung hat eine Aufstufung der Bundesautobahn im Abschnitt Aalen–Würzburg ergeben" im Gegensatz zur schriftlichen Beantwortung meiner mündlichen Frage Nr. 65, Drucksache 7/4595, durch Parlamentarischen Staatssekretär Haar?

63. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Kann man aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar schließen, daß der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Haack ohne Zustimmung des Bundesverkehrsministers die Aufstockung der Bundesautobahn Aalen–Würzburg verkündet hat?

64. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** (CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn, entsprechend den Wünschen der österreichischen Bundesbahn, die Strecke Simbach/Inn–München zu elektrifizieren?

65. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Treffen für die im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen schraffiert dargestellten Strecken im Bereich des Landschaftsverbands Rheinland die Paragraphen 1 und 2 des Fernstraßengesetzes zu?

66. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Entspricht es der allgemeinen Praxis, daß Fernstraßen in Trägerschaft eines Landschaftsverbands gebaut und übergeben werden, auch wenn nach dem noch nicht verabschiedeten Gesetz über die Bundesfernstraßen (FStrÄndG) solche Strecken ausdrücklich mit dem Satz gekennzeichnet werden, „Übernahme der Straßenbaulast nach den gesetzlichen Vorschriften bleibt vorbehalten."?

67. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, das alte, den Ansprüchen der Kunden nicht mehr gerecht werdende, Hauptpostgebäude in Mülheim a. d. Ruhr durch einen Neubau zu ersetzen, der in Anbindung an die Anlagen der Deutschen Bundesbahn im neuen Stadtmittenzentrum zu errichten wäre?

68. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Entspricht es der Auffassung der Bundesregierung, das Dienstleistungsangebot der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost standortmäßig zusammenzufügen, ihm Dringlichkeit zu verleihen, und gibt es noch Bedingungen, die einer solchen Absicht entgegenstehen?

69. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch in den Aussagen ihrer Staatssekretäre zum Thema „Ämterorganisation Post", wenn der Parlamentarische Staatssekretär Jung davon ausgeht, daß etwa 500 Arbeitsposten eingespart werden und Staatssekretär Elias etwa zur gleichen Zeit einen Betrag von 35 Millionen DM als Einsparungsmöglichkeit angibt, was einem Durchschnittsgehalt von 70 000 DM je Arbeitsposten und Jahr entsprechen würde, und wie erklärt sie diesen gegebenenfalls?

70. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs Jung und der Oberpostdirektion Bremen zu den Auswirkungen der Ämterorganisation im Raum Ostfriesland sowohl hinsichtlich der Zahl der eingesparten Arbeitsposten als auch der erhöhten Kosten für die verbleibenden Kräfte unterschiedlich sind, wie erklärt die Bundesregierung diesen Widerspruch gegebenenfalls, und liegen überhaupt schon konkrete Untersuchungen und Organisationspläne im Minsterium vor?

71. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Neuordnung der Nahverkehrsbereiche der Deutschen Bundespost im Fernsprechwesen durch die Zuordnung von Gemeinden zu Verwaltungszentren benachbarter Landkreise erhebliche Nachteile für den Bürger entstehen, der zwar mit dem Verwaltungszentrum des Nachbarkreises billiger telefonieren kann, aber nicht mit dem Zentrum, das für ihn zuständig ist, und wenn ja, wie gedenkt sie, dem zu begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

72. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Bis zu welchem Zeitpunkt ist damit zu rechnen, daß Maßnahmen auf Grund der Überprüfung des Erstattungsbetrags für Aufwendungen baulicher Schallschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm erfolgen (Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 7/4580)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

73.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit der DDR versucht, einen Ausbau der Autobahn von Obersuhl (Kreis Hersfeld/Rotenburg) nach Eisenach zu erreichen, und welche Gründe gibt es dafür, daß ein solcher mit verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand möglicher Ausbau nicht erfolgen wird?
74.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit der DDR versucht, zusätzlich zu dem einzigen Übergang über die Zonengrenze zwischen Hessen und Thüringen bei Herleshausen die Öffnung eines weiteren Übergangs zu erreichen, und welches war gegebenenfalls das Ergebnis dieser Bemühungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

75.	Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung bereit sein, der Öffentlichkeit die Standorte zu nennen, die in eine nähere Prüfung für die Errichtung einer zentralen Atommülldeponie in Verbindung mit einer Wiederaufbereitungsanlage einbezogen sind?
76.	Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der gegenwärtig laufenden Prüfung von niedersächsischen Standorten einer solchen Deponie auf jeden Fall mitberücksichtigt werden muß, ob bestimmte in Aussicht genommene Räume bereits hohe militärische Belastungen oder Sonderopfer für Verteidigungslasten zu tragen haben bzw. ob in ihnen bereits jetzt Atomkraftanlagen erstellt sind, und wenn ja, wird sie sich dementsprechend verhalten?
77.	Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)	Wo sind die Fachprogramme des Bundesministers für Forschung und Technologie erhältlich, und zu welchen Fachprogrammen liegen Leistungspläne vor?
78.	Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)	Wie viele Berater waren zum 1. Januar 1976 beim Bundesminister für Forschung und Technologie in Fachausschüssen, ad hoc-Ausschüssen und sonstigen Gremien tätig, wer hat sie berufen, und nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der Berater?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

79. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. eine Gehaltserhöhung von netto 120 DM eine Kürzung des Förderungsbetrags bei vier nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) geförderten Kindern um jeweils 60 DM, also insgesamt 240 DM, zur Folge haben kann, bzw. ob dies generell der Fall ist, und hält die Bundesregierung dies für gerechtfertigt, wenn nein, ist an eine Änderung des BAföG gedacht?
80. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Wird der „besondere Schulversuch" der Kooperativen Gesamtschule Altenkirchen in Rheinland-Pfalz von der Bundesregierung auch dann weiter gefördert, wenn dieses Schulzentrum aus Gründen der Funktionalreform in Zukunft von der Verbandsgemeinde Altenkirchen verwaltet werden und nominell den Charakter eines „besonderen Schulversuchs" (gem. Landesschulgesetz) verlieren sollte?
81. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	In welcher Höhe wurden in den Jahren 1974 und 1975 und werden im Jahr 1976 Förderungsmittel des Bundes für den Schulversuch Kooperative Gesamtschule Altenkirchen von Seiten des Bundes zur Verfügung gestellt?
82. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Welche kurzfristig realisierbaren Möglichkeiten für eine bisher fehlende berufliche Ausbildung bei geistig Behinderten sieht die Bundesregierung auf Grund der Ergebnisse einer Untersuchung am pädagogischen Institut der Mainzer Universität?

Bonn, den 23. Januar 1976